

Außenansicht

Der Ökonom John Maynard Keynes forderte schon Anfang des 20. Jahrhunderts, Finanztransaktionen zu besteuern. James Tobin schlug diese Steuer 1972 vor, die Globalisierungskritiker von Attac griffen 1998 seine Forderung auf, um „Sand in das Getriebe der Finanzmärkte zu streuen“ und Geld für öffentliche Zwecke einzunehmen. Ja, die Finanztransaktionssteuer ist keine neue Idee. Doch bis vor kurzem ernteten ihre Befürworter nur müdes Lächeln. Zu sehr widersprach sie der Ideologie von der Grenzenlosigkeit des Kapitals in einer globalisierenden Welt. Dass dies jetzt anders ist, das ist ein Zeichen gegen die Resignation, widerlegt den Satz, dass die Regeln der Märkte nun einmal funktionieren wie ein unänderbares Naturgesetz. Es zeigt: Auch diese globalisierte Welt ist änderbar.

In der Tat: Nicht alles auf den Finanzmärkten war schlecht. Viele verdienten prächtig, selbst in der weltweiten Armutsbekämpfung gab es Fortschritte. Doch spätestens die Krisen der Jahre 2007 und 2008 enthüllten die Risiken und Nebenwirkungen des zunehmend deregulierten Systems: Die Preise für Lebensmittel stiegen spekulationsbedingt, die amerikanische Hypothekenblase platzte, Banken und Volkswirtschaften gerieten in Schieflage und mussten mit Steuergeld gerettet werden. Doch immer noch führen einige Banken und die Hedge Fonds hohe Gewinne ein.

Außenansicht

Ein bisschen die Welt retten

Die Befürworter der Finanztransaktionssteuer wurden belächelt. Jetzt zeigt sich die Vernunft ihrer Argumente

Von Jörg Alt

In dieser Situation entstand unsere Kampagne „Steuer gegen Armut“. Am 17. Oktober 2009 forderten 32 Organisationen in einem offenen Brief an die Bundesregierung die Besteuerung von allen spekulationsrelevanten Finanztransaktionen mit mindestens 0,05 Prozent. Die Einnahmen sollten verwendet werden, um die internationale und nationale Armut zu bekämpfen, um Klima und Umwelt zu schützen. Innerhalb von wenigen Wochen unterzeichneten 66 000 Menschen eine entsprechende Petition. Damit war das Thema auf dem Schirm der Politik; Bündnis 90/Grüne, SPD und Linkspartei traten der Kampagne bei.

Im Februar 2010 griff die britische „Robin Hood Campaign“ das Anliegen auf – es wuchs eine internationale zivilgesellschaftliche Bewegung heran. Im Mai

2010 erklärte Finanzminister Wolfgang Schäuble vor dem Bundestag, dass sich die Regierung ab sofort für eine solche Steuer einsetzen werde, nach Möglichkeit weltweit, sonst im Rahmen der EU oder im Rahmen der Euro-Zone. Seither gibt es nur noch eine im Bundestag vertretene Partei, die der Steuer gegenüber konsequent skeptisch ist: die FDP.

Dessen ungeachtet existiert seither eine bemerkenswerte Kooperation zwischen der Kampagne, der Bundesregierung und dem Bundestag, um dieses Thema national, europäisch und international voranzutreiben. Dieses einmütige und effiziente Vorgehen ist unter anderem den Schnittmengen zu verdanken, die es zwischen den Akteuren auf allen Seiten gibt. Auf Seiten der Kampagne „Steuer gegen Armut“ engagieren sich in-

zwischen sieben Banken, was zur Sachkompetenz der Argumente ebenso beiträgt wie zur Entkräftung des Vorwurfs, das alles sei doch nur wieder getragen von den üblichen Verdächtigen.

Die Bundesregierung und die Parteien hingegen sind sich bewusst, dass es um mehr geht als um eine 0,05-Prozent-Steuer. Es geht darum, dass Gewinne nicht immer nur privatisiert werden, während der Bürger im Verlustfall die Rechnung bezahlt und bei ihm, bis hinunter zum Hartz-IV-Empfänger, gespart wird. Wolfgang Schäuble hat es auf den Punkt gebracht: Wir brauchen diese Steuer, sagte er am zweiten Weihnachtstag 2011, „sonst riskieren wir nicht nur die Stabilität unserer Finanzmärkte, sondern gefährden die Legitimation des ganzen Systems bei den Bürgern“.

Allen, die an diesem Projekt mitarbeiteten und mitarbeiten, ist klar, dass eine Finanztransaktionssteuer weder die zurückliegenden Krisen hätte verhindern können noch weitere Krisen wird verhindern können. Hier sind noch ganz andere Maßnahmen erforderlich. Diese Steuer ist aber ein Testfall und ein Symbol dafür, ob es der Politik und der Gesellschaft gelingt, den Primat gegenüber den Finanzmärkten wiederzugewinnen. Die grenzübergreifenden Bemühungen zur Einführung der Finanztransaktionssteuer geben Anlass zur Hoffnung, dass dies gelingen kann. Die grenzübergreifende

Kooperation erwächst auch aus der Einsicht, dass internationale Lösungen schon deshalb nötig sind, weil nationale Maßnahmen angesichts der Grenzenlosigkeit der Märkte zu kurz greifen.

All das bisher Erreichte darf nicht über die Diskrepanzen hinwegtäuschen, die es zwischen der Bundesregierung und den meisten Parteien einerseits und der zivilgesellschaftlichen Bewegung andererseits gibt. Die meisten Regierungen, die sich für eine Transaktionssteuer aussprechen (Frankreich ausgenommen), sehen in ihr ein willkommenes Mittel zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Das ist aber nicht Motivation und Ziel der Kampagne „Steuer gegen Armut“. Wir sind angetreten, um durch die Besteuerung des Handelns der Reichsten dieser Welt bescheidene Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, dass die Millenni-



Pater Jörg Alt, 50, ist stellvertretender Leiter der deutschen Jesuitenmission mit Sitz in Nürnberg und Mit-Initiator der Kampagne „Steuer gegen Armut“
Foto: Privat

Bayern, Deutschland, München Seite 2

ums-Entwicklungsziele umgesetzt, internationale Verpflichtungen zum Schutz von Klima und Umwelt finanziert und auch in Deutschland Maßnahmen zur Bekämpfung wachsender Armut im Inland ergriffen werden können. Nicht ohne Grund unterstützen inzwischen auch 14 Kommunen die Ziele der Kampagne per Stadtratsbeschluss. Der Deutsche Bundestag hat jedoch in den jüngsten Haushaltsberatungen nicht einmal sichergestellt, dass bis 2015 das 40 Jahre alte Versprechen umgesetzt wird, dem zufolge 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe fließen sollen. Und das, obwohl sich inzwischen 372 Abgeordnete aller Parteien verpflichtet haben, auf dieses Ziel hinzuwirken. Es bleibt also noch viel zu tun.

Vordringlich ist jetzt jedoch, dass Europa – idealerweise die EU, wenn nötig auch die Euro-Zone+X, Ernst macht und die Finanztransaktionssteuer beschließt – ohne dass Schlupflöcher bleiben. Auch bei der Konvention für das Verbot von Landminen oder dem Kyoto-Protokoll hat Europa Initiative ergriffen, andere Staaten der Welt haben sich angeschlossen. So könnte es auch dieses Mal sein. Die Hoffnung steht im Raum, dass das Bemühen um eine Transaktionssteuer zum Beweis dafür wird, dass Bürger, Zivilgesellschaft und Politik gesichtslose Märkte und deren Akteure schrittweise zur Ordnung rufen und dem Gemeinwohl wieder dienstbar machen können.

Der Ökonom John Maynard Keynes forderte schon Anfang des 20. Jahrhunderts, Finanztransaktionen zu besteuern. James Tobin schlug diese Steuer 1972 vor, die Globalisierungskritiker von Attac griffen 1998 seine Forderung auf, um „Sand in das Getriebe der Finanzmärkte zu streuen“ und Geld für öffentliche Zwecke einzunehmen. Ja, die Finanztransaktionssteuer ist keine neue Idee. Doch bis vor kurzem ernteten ihre Befürworter nur müdes Lächeln. Zu sehr widersprach sie der Ideologie von der Grenzenlosigkeit des Kapitals in einer globalisierenden Welt. Dass dies jetzt anders ist, das ist ein Zeichen gegen die Resignation, widerlegt den Satz, dass die Regeln der Märkte nun einmal funktionieren wie ein unänderbares Naturgesetz. Es zeigt: Auch diese globalisierte Welt ist änderbar.

In der Tat: Nicht alles auf den Finanzmärkten war schlecht. Viele verdienten prächtig, selbst in der weltweiten Armutsbekämpfung gab es Fortschritte. Doch spätestens die Krisen der Jahre 2007 und 2008 enthüllten die Risiken und Nebenwirkungen des zunehmend deregulierten Systems: Die Preise für Lebensmittel stiegen spekulationsbedingt, die amerikanische Hypothekenblase platzte, Banken und Volkswirtschaften gerieten in Schieflage und mussten mit Steuergeld gerettet werden. Doch immer noch führen einige Banken und die Hedge Fonds hohe Gewinne ein.

zwischen sieben Banken, was zur Sachkompetenz der Argumente ebenso beiträgt wie zur Entkräftung des Vorwurfs, das alles sei doch nur wieder getragen von den üblichen Verdächtigen.

Die Bundesregierung und die Parteien hingegen sind sich bewusst, dass es um mehr geht als um eine 0,05-Prozent-Steuer. Es geht darum, dass Gewinne nicht immer nur privatisiert werden, während der Bürger im Verlustfall die Rechnung bezahlt und bei ihm, bis hinunter zum Hartz-IV-Empfänger, gespart wird. Wolfgang Schäuble hat es auf den Punkt gebracht: Wir brauchen diese Steuer, sagte er am zweiten Weihnachtstag 2011, „sonst riskieren wir nicht nur die Stabilität unserer Finanzmärkte, sondern gefährden die Legitimation des ganzen Systems bei den Bürgern“.

Allen, die an diesem Projekt mitarbeiten und mitarbeiten, ist klar, dass eine Finanztransaktionssteuer weder die zurückliegenden Krisen hätte verhindern können noch weitere Krisen wird verhindern können. Hier sind noch ganz andere Maßnahmen erforderlich. Diese Steuer ist aber ein Testfall und ein Symbol dafür, ob es der Politik und der Gesellschaft gelingt, den Primat gegenüber den Finanzmärkten wiederzugewinnen. Die grenzübergreifenden Bemühungen zur Einführung der Finanztransaktionssteuer geben Anlass zur Hoffnung, dass dies gelingen kann. Die grenzübergreifende

Außenansicht

Ein bisschen die Welt retten

Die Befürworter der Finanztransaktionssteuer wurden belächelt. Jetzt zeigt sich die Vernunft ihrer Argumente

Von Jörg Alt

In dieser Situation entstand unsere Kampagne „Steuer gegen Armut“. Am 17. Oktober 2009 forderten 32 Organisationen in einem offenen Brief an die Bundesregierung die Besteuerung von allen spekulationsrelevanten Finanztransaktionen mit mindestens 0,05 Prozent. Die Einnahmen sollten verwendet werden, um die internationale und nationale Armut zu bekämpfen, um Klima und Umwelt zu schützen. Innerhalb von wenigen Wochen unterzeichneten 66 000 Menschen eine entsprechende Petition. Damit war das Thema auf dem Schirm der Politik; Bündnis 90/Grüne, SPD und Linkspartei traten der Kampagne bei.

Im Februar 2010 griff die britische „Robin Hood Campaign“ das Anliegen auf – es wuchs eine internationale zivilgesellschaftliche Bewegung heran. Im Mai

2010 erklärte Finanzminister Wolfgang Schäuble vor dem Bundestag, dass sich die Regierung ab sofort für eine solche Steuer einsetzen werde, nach Möglichkeit weltweit, sonst im Rahmen der EU oder im Rahmen der Euro-Zone. Seither gibt es nur noch eine im Bundestag vertretene Partei, die der Steuer gegenüber konsequent skeptisch ist: die FDP.

Dessen ungeachtet existiert seither eine bemerkenswerte Kooperation zwischen der Kampagne, der Bundesregierung und dem Bundestag, um dieses Thema national, europäisch und international voranzutreiben. Dieses einmütige und effiziente Vorgehen ist unter anderem den Schnittmengen zu verdanken, die es zwischen den Akteuren auf allen Seiten gibt. Auf Seiten der Kampagne „Steuer gegen Armut“ engagieren sich in-

Kooperation erwächst auch aus der Einsicht, dass internationale Lösungen schon deshalb nötig sind, weil nationale Maßnahmen angesichts der Grenzenlosigkeit der Märkte zu kurz greifen.

All das bisher Erreichte darf nicht über die Diskrepanzen hinwegtäuschen, die es zwischen der Bundesregierung und den meisten Parteien einerseits und der zivilgesellschaftlichen Bewegung andererseits gibt. Die meisten Regierungen, die sich für eine Transaktionssteuer aussprechen (Frankreich ausgenommen), sehen in ihr ein willkommenes Mittel zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Das ist aber nicht Motivation und Ziel der Kampagne „Steuer gegen Armut“. Wir sind angetreten, um durch die Besteuerung des Handelns der Reichsten dieser Welt bescheidene Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, dass die Millenni-

ums-Entwicklungsziele umgesetzt, internationale Verpflichtungen zum Schutz von Klima und Umwelt finanziert und auch in Deutschland Maßnahmen zur Bekämpfung wachsender Armut im Inland ergriffen werden können. Nicht ohne Grund unterstützen inzwischen auch 14 Kommunen die Ziele der Kampagne per Stadtratsbeschluss. Der Deutsche Bundestag hat jedoch in den jüngsten Haushaltsberatungen nicht einmal sichergestellt, dass bis 2015 das 40 Jahre alte Versprechen umgesetzt wird, dem zufolge 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe fließen sollen. Und das, obwohl sich inzwischen 372 Abgeordnete aller Parteien verpflichtet haben, auf dieses Ziel hinzuwirken. Es bleibt also noch viel zu tun.

Vordringlich ist jetzt jedoch, dass Europa – idealerweise die EU, wenn nötig auch die Euro-Zone+X, Ernst macht und die Finanztransaktionssteuer beschließt – ohne dass Schlupflöcher bleiben. Auch bei der Konvention für das Verbot von Landminen oder dem Kyoto-Protokoll hat Europa Initiative ergriffen, andere Staaten der Welt haben sich angeschlossen. So könnte es auch dieses Mal sein. Die Hoffnung steht im Raum, dass das Bemühen um eine Transaktionssteuer zum Beweis dafür wird, dass Bürger, Zivilgesellschaft und Politik gesichtslose Märkte und deren Akteure schrittweise zur Ordnung rufen und dem Gemeinwohl wieder dienstbar machen können.



Pater Jörg Alt, 50, ist stellvertretender Leiter der deutschen Jesuitenmission mit Sitz in Nürnberg und Mit-Initiator der Kampagne „Steuer gegen Armut“

Foto: Privat